

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 19.

Berlin, den 21. Januar 1917.

11. Jahrgang.

Montag, den 22. Januar: Frauen-Leseabend in Groß-Berlin.

Wie es kam.

Diese Zeilen müssen in Druck gehen, bevor das Ergebnis der Parteiauswahl vom Donnerstag, den 18. Januar, vorliegt. Wenn unsere Leser sie zu Gesicht bekommen, werden sie auch schon wissen, ob die Gewaltpolitik des Parteivorstandes unter liebevoller Mitwirkung des Parteiausschusses ihre Krönung erfahren hat, ob man wirklich die Einheit der Partei nach den Rezepten eines Lensch, Keil, der „Chemnitzer Volksstimme“, der „Dresdener Arbeiterzeitung“, des „Hamburger Echo“, der „Magdeburger Volksstimme“ usw. retten will, indem man die Teilnehmer an der Besprechung der Opposition vom 7. Januar und alle, die hinter ihr stehen, kurzerhand als „außerhalb der Partei stehend“ erklärt.

Daß weder Parteivorstand noch Parteiauswahl nach den Satzungen unserer Partei nicht das mindeste Recht zu einem solchen Massenhinwurf haben, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Eine solche Maßregel steht höchstens einem ordnungsmäßig einberufenen und zusammengesetzten Parteitag nach eingehender Meinungsäußerung aller Beteiligten zu. Aber was fragen unsere Instanzen heute nach Recht, Meinungsfreiheit und anderen Dingen, die bis zum 4. August 1914 selbstverständliches Lebens-element unserer Bewegung waren! Die korrumpierende Wirkung der Kriegsmoral, nach der Gewalt vor Recht geht, tritt bei den Männern, die den Verwaltungsapparat der politischen und gewerkschaftlichen Organisation in den Händen haben und seit mehr als drei Jahren dank des Belagerungszustandes jeder tatkräftigen, demokratischen Kontrolle ledig sind, nur zu deutlich in Erscheinung.

Aber mag der Entscheid des „begutachtenden“ Parteiausschusses ausfallen, wie er wolle, das eine steht fest: Die Opposition wird in der nächsten Zeit mit sehr scharfen Angriffen von rechts rechnen müssen. Das Wutgeschrei der Fraktions- und Vorstandsanhänger nach dem 7. Januar hat davon schon einen Vorgeschmack gegeben. Nicht allein die rechtsstehende Parteipresse, auch bürgerliche Blätter, gutzahlende Abonnenten der J. K., machen sich zu eigen, was z. B. der Renegat Lensch gegen die Opposition geschrieben hat. So drucken

die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ usw. mit Wonne wörtlich ab, was der einstige überradikale Lensch gegen seine Genossen von ehemals anzuwerfen hat. Und leider ist die Welt- und Kriegslage dazu angetan, den Vorstandsanhängern den Kampf gegen die Opposition leicht zu machen. Das unzulängliche Friedensangebot Deutschlands und dessen in wahnwitzigem Ton gehaltene Ablehnung durch die Gegner werden zu einer Verlängerung und Verschärfung des Krieges und seiner inneren und äußeren Begleiterscheinungen führen und die kriegerischen Gewalten werden gestärkt werden. Unter ihrer Deckung aber werden die Fraktions- und Vorstandspolitiker für ihre Sache zu retten suchen, was noch zu retten ist; dadurch wird aber auch ihr Kampf gegen die Opposition schärfere Formen annehmen, und umgekehrt.

Daß die Verquickung der Fraktionspolitik mit der Kriegspolitik der Regierung keine böswillige Behauptung ist, dafür liefert in diesen Tagen der verstampfte Vorstand „Vorwärts“ in jeder Nummer Beweise. Wenn man nicht am Kopfe und am Formate des Blattes merkt, daß man das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ in den Händen hat, könnte man auf den Gedanken kommen, daß man aus Versehen zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ge-griffen habe.

Wir müssen also damit rechnen, daß die Anhänger des Parteivorstandes und der Fraktion in den Organisationen, in der Presse usw. all ihr schweres Geschütz gegen die Opposition spielen lassen werden, daß sie überall — in Berlin wird es die im Leseklub „Vorwärts“ organisierte Gesellschaft des Parteivorstandes tun — die Sünden der Opposition in grellen Farben malen werden. Wir wollen daher kurz noch einmal anführen, wie es zum Riß in unserer Partei kam, damit unsere Freunde in der Lage sind, den Angriffen ihrer Parteigegner entgegenzutreten. Freilich, die letzten Gründe unserer Haltung in der Kriegs- und Friedensfrage können wir in dieser Zeit, in der der Belagerungszustand mit verstärkter Wucht auf der freien Meinungsäußerung lastet, nicht sagen, da sind die Stampfer, Scheidemann, Ebert usw. in einer glücklicheren Lage. Wir müssen

uns daher mehr auf die parteipolitische Seite des Streites beschränken.

Wie kam es?

Bis in die ersten Augusttage des Jahre 1914 stand die deutsche Arbeiterbewegung, und nicht zuletzt die Groß-Berlins, als ein großes, geschlossenes und einheitliches Gebäude da. Stolz auf unsere demokratischen Grundsätze, überzeugt von der Richtigkeit ihrer sozialistischen Ziele stand sie in entschiedener Kampfstellung ihren politischen und wirtschaftlichen Zielen gegenüber, ein Vorbild der gesamten proletarischen Internationale. Eindringlich gab sie noch ihren Friedenswillen kund, als schon die ersten Blitze aus den unheilswangeren Wetterwolken des heraufziehenden Weltkrieges niederzuckten.

Die Weltkatastrophe brach unerbittlich herein. Kriegserklärungen und Mobilmachungen kamen in betäubender Folge. Mit Elementargewalt wurden die nationalen Leidenschaften entfesselt, Völkerverhaß und Siegestaumel schossen wild und üppig in die Blüte. Die Handlungen der Regierungen waren der öffentlichen Kontrolle entzogen. Belagerungszustand und Pressezensur machten eine freie Meinungsäußerung unmöglich.

In dieser schwierigen und stürmischen Weltlage wurde am 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor die schwere Frage gestellt, ob sie dem geforderten Kriegskredit zuzustimmen habe.

Sie bewilligte die Kredite und unterwarf sich den Forderungen des Kriegszustandes, vor allem den des Burgfriedens. Und sie hat im Laufe der 30 Kriegsmomente noch ein halbes Duzend mal die Kriegskredite bewilligt, sie hat auch dem Arbeitszwangs-, d. h. dem Zivildienstgesetz zugestimmt. Sie behauptete dabei jedesmal, sie habe durch ihre Bewilligung zur schnellen Beendigung des Krieges beigetragen. Wir von der Opposition sind aber der Meinung, daß durch die Fernwirkung dieser Bewilligung zur Verlängerung des Krieges beigetragen wurde. Wir denken auch über die Frage des reinen „Verteidigungskrieges“ anders als die Fraktions- und Vorstandspolitiker.

Die Verfechter dieser Politik berufen sich für ihr Verhalten auf ihre ehrliche Ueberzeugung. Sie erklären, sie hätten zum Besten der deutschen Arbeiter so handeln müssen. So weit, so gut. Ueber die Richtigkeit der Kriegs- und Friedenspolitik der Fraktion, die nicht die höchste Parteiinstanz ist, hätte schließlich die berufene Vertretung der Gesamtpartei, der Parteitag, entschieden. Aber das gleiche Recht wie Fraktion und Vorstand, das Recht, sich auf ihre ehrliche Ueberzeugung zu berufen, konnte die zunächst kleine, im Laufe des Krieges immer größer werdende Schar der Parteigenossen, die die Fraktionspolitik für falsch hielten und für die Arbeiterklasse schädlich erachteten, für sich in Anspruch nehmen.

Aber hier liegt die Wurzel alles Übels und der Ausgangspunkt aller unserer inneren Parteikämpfe. Aus der Meinungsverschiedenheit über

die allerdings tiefgehenden politischen Fragen wurde ein brutaler Machtkampf innerhalb der Partei. Die Entschließungen der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes sollten wie ein unanfechtbares Dogma hingenommen werden. Bergehoch liegt vor uns das Material aus den ersten Kriegsmomenten, bestehend aus Äußerungen der Mehrheitspresse, aus Vorträgen und Sitzungsberichten, aus dem hervorgeht, mit welcher fanatischen Unduldsamkeit die Fraktionsanhänger die Richtigkeit ihres Bewilligungseifers zu verteidigen suchten. Und manches ist im Laufe der Zeit im Kriegseifer und im nationalen Ueberschwang geschrieben worden, was man heute gern ungeschrieben machen möchte. Wir erinnern hierbei nur an die Wandlung Scheidemanns vom Durchhalte-Prediger zum geschäftigen Friedensreisenden.

Nach und nach fanden sogar die Methoden des Kriegszustandes in gewissen treibenden Parteikreisen gelehrige Schüler. Krampfhaft hielt man fest an der entnervenden und die Arbeiterklasse schwer schädigenden Burgfriedenspolitik. Unter Aufgabe jeder selbständigen sozialdemokratischen Stellungnahme, ja zum Teil sogar in heller Begeisterung, legten Männer, die einst im scharfen Kampfe gegen Imperialismus und Militarismus ihre Mandate erhalten hatten, das Geschick der Partei und des Sozialismus in die Hände des Generalstabes und der Heerführer, die als Männer, die ihr Handwerk verstehen, geradehin auf ihr militärisches Ziel losgehen und alles diesem Ziele unterordnen. Unsere Kriegsozialisten stellten sich bis auf den heutigen Tag blind und taub gegen die Tatsache, daß die Aufgaben und Ziele der Heeresleitungen nicht restlos zusammenfallen mit den Aufgaben und Zielen des internationalen Sozialismus. Diese Kapitulation vor der Militärgewalt brachte es auch mit sich, daß man die Härten und Fesseln des Kriegszustandes im Inlande tatenlos hinnahm oder nur mit halber Energie bekämpfte. Geredet wurde sehr viel über Zensur, über Schutzhaft usw. Da aber die ausschlaggebenden Gewalten genau wußten, mit was für Kriegerbraven und bewilligungseifrigen Kindern man es zu tun habe, waren diese Reden auf jener Seite nicht viel mehr als bloße Lusterschütterungen. Schließlich konnte der Parteivorstand sogar noch ausrufen: „Gesegnet sei der Belagerungszustand!“ Denn mit Hilfe dieses angeblich von ihm bekämpften Belagerungszustandes konnte er sich der seit Kriegsbeginn unliebsamen oppositionellen Vorwärtsredaktion entledigen und das Blatt der Berliner Parteigenossen zu einem ungeschminkten vorstandsoffiziösen Organ machen.

Die in vielen Fällen auf anderen Gebieten so bitter notwendige Energie der Fraktion und des Parteivorstandes zeigte sich während des ganzen Kriegsverlaufs in ihrer ganzen Tatkraft im Kampfe gegen die Parteigenossen, die sich nicht einverstanden erklären konnten mit der stattlichen Folge an Milliardenbewilligungen, mit der schematischen Theorie vom Verteidigungskriege

und mit all dem sonstigen schönen Errungenschaften der kriegerischen Fraktionspolitik.

Kein Wunder, daß der brutale Kampf gegen die politischen Anschauungen der Anhänger der Parteiopposition unser Organisationsleben erschüttern mußte.

Das Hauptargument, das die Verfechter der Fraktions- und Vorstandspolitik im Kampfe gegen ihre Parteiwidersacher nachgerade zu Tode heken, ist die Redensart von der „parteischildigenden Kampfesweise der Opposition“ — ein Vorwurf, dessen innere Unehrlichkeit durch die ewige Wiederholung nicht aus der Welt geschafft wird. Die Anhänger der Fraktionspolitik, der Parteivorstand und die Gewerkschaftsführer haben bei der Darlegung ihrer Anschauungen volle Bewegungsfreiheit. Die Apostel der so gerühmten Politik des 4. August brauchten den Stachel der Militärzensur usw. nicht zu fürchten. Wo sie mit der Zensur in Konflikt gerieten, geschah es um nebensächlicher, formaler Dinge willen. Auf alle Fälle konnten sie sagen und schreiben, was sie zur Rechtfertigung ihrer Haltung anführen wollten.

Anders stand es und steht es bis auf den heutigen Tag mit der Parteiopposition. Zensur und Belagerungszustand machten es ihr unmöglich, vor aller Welt die letzten Gründe ihrer Anschauung darzulegen. Der Krieg dauerte länger, als wir alle glaubten, seine Wirkungen machten sich immer schmerzlicher fühlbar, immer weiteren Parteikreisen erschien die Fraktionspolitik verfehlt und parteischildigend. Und dabei keine Möglichkeit, diese Meinung frei auszusprechen. War es da ein Wunder, wenn die Opposition zu Methoden und Mitteln griff, für die man in einer Partei, die zwölf Jahre Sozialistengesetz hinter sich hat, auf allen Seiten hätte Verständnis erwarten sollen. Dem war aber nicht so. Alles, was an Lebens- und Meinungsäußerungen der Opposition in die Hände des Parteivorstandes und seiner Kampfgenossen fiel, wurde verlästert und in Acht und Bann getan. Mit Keulen wurde auf die Opposition losgeschlagen, während man nach der andern Seite blind war, wenn die Grundsätze unseres Parteiprogramms, wenn Parteitagbeschlüsse usw. von den übereifrigen „Umlernern“ in den Schmutz getreten und in Wort und Schrift lächerlich gemacht wurden. Die Männer, die Hüter der Parteieinheit sein sollten, waren als Vorkämpfer der Fraktionspolitik viel zu sehr bloßgestellt, als daß sie Verständnis für die schwierige Lage der Opposition hätten aufbringen können oder wollen. Parteiführer mit weitem Blick und großzügigem Denken hätten sich gesagt, daß geknechtete politische Meinungen, die sich nur verstoßen und unvollständig Luft machen können, leidenschaftlicher und verbitterter zum Ausdruck kommen, als solche, die ungefährdet öffentlich ausgesprochen werden und in der Öffentlichkeit ein williges Ohr finden.

Von diesem weitherzigen Verständnis war beim Parteivorstande und den Vorkämpfern der Fraktionspolitik keine Spur zu finden. Als im

Juni 1915 eine größere Anzahl Parteigenossen aus ihrer ehrlichen Ueberzeugung heraus eine Eingabe an den Parteivorstand richtete, in der sie die Haltung der Fraktion kritisierte und eine Umkehr von der bis dahin eingeschlagenen Kriegspolitik verlangte, da klaubte man, ohne sich an den Gehalt der Eingabe zu kehren, ein paar Redewendungen heraus und konstruierte nach Staatsanwaltsmanier die Beleidigung einer hohen Parteibehörde daraus. Der starke Mann des Parteivorstandes, Hermann Müller, dekretierte kategorisch: „Das ist Parteierstörung“ und legte a tempo sein Amt als Zensurbeirat des „Vorwärts“ nieder, weil einige Vorwärtsredakteure das furchtbare Verbrechen begangen hatten, ihre Namen unter die Eingabe zu setzen. Im Oktober 1916 ist Müller dann freilich wieder — gesegnet sei der Belagerungszustand! — in die Vorwärtsredaktion eingezogen, diesmal als absoluter Diktator. Er hat damit von neuem seine hervorragende Eignung als Sachwalter der Parteieinheit bewiesen.

Und so folgte im Laufe der Kriegsjahre Bannfluch auf Bannfluch gegen die Opposition. Mißbrauch bürokratischer Machtbefugnisse schürte die Verbitterung in deren Reihen. Der Parteivorstand hat u. a. auch von Bethmann Hollweg gelernt, daß man alle „Sentimentalität“ über Bord werfen müsse. Er begann in Stuttgart und dann in Duisburg die Aera der Maßregelungen. Er kann aber sehr sentimental sein, wenn es sich um seine Freunde handelt. Er vergießt noch heute bittere Tränen, wenn er des Schicksals eines Eugen Ernst, Emil Böste usw. gedenkt; u. a. tut er das auch in seiner neuesten Broschüre, in der er den Vorwärtskonflikt darstellt, so wie er sich in den Vorstandsköpfen malt. Dabei die Ernst, Böste usw. auf ehrlich demokratischem Wege ihre Posten verlassen müssen, weil ihre Anschauungen in immer schärferen Gegensatz gerieten zu den Anschauungen der Mehrzahl der Berliner Parteimitglieder und weil infolge dieses Konfliktes ein geregelter Organisationsleben unmöglich wurde.

Verbittert wurde der Kampf auch noch durch die betrübliche Tatsache, daß viele Angriffe gegen die Opposition in der auf die Fraktionspolitik eingeschworenen Partei- und Gewerkschaftspresse, in der J. A., der „Fackel“, ja sogar in Kundgebungen der höchsten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen denunziatorische Wirkungen hatten. Ueber dieses traurige Kapitel wird später einmal, wenn der Inhalt von Gerichtsakten usw. veröffentlicht werden kann, noch mancherlei zu sagen sein.

Auf die den berufenen und bewährten Rettern der Parteieinheit so hochwillkommene Parole der Beitragssperre wollen wir in diesem Zusammenhange nicht eingehen. Wir haben schon in mehreren Nummern des Mitteilungsblattes unsere Meinung über diese Frage dargelegt. Und auch die Besprechung vom 7. Januar hat bewiesen, daß die Mehrheit der Opposition dem Parteivorstande diesen Köder nicht vorwerfen will.

Die schwersten Schläge gegen die Einheit der Partei sind von der Seite gekommen, die das Wort von der Parteieinheit, die angeblich von der Opposition bedroht wird, am meisten im Munde führt. Dem Gewaltstreich in Duisburg folgte die Verhängung der Präventivzensur des Parteivorstandes über den „Vorwärts“ gegen den Willen der im Parteistatut vorgesehenen Preßkommission, folgte die Gründung der Sonderorganisation Groger-Thurow in Teltow-Beestow unter dem Protektorat des Parteivorstandes, folgte der Vorwärts-Boykott durch Legien, viele Gewerkschaftsbeamte und die Groger-Thurow-Leute, folgte der Vorwärtsraub im Oktober des vorigen Jahres und der Hinauswurf der rechtmäßigen Redakteure durch den „Verlag“, folgte die Sonderorganisation des Diskutierklubs „Vorwärts“, folgte Bremen usw. usw. Abwehrmaßnahmen der Opposition gegen diese sonderbare Rettung der Parteieinheit wurden als Verbrechen gestempelt und mit neuen Gewaltmaßnahmen geahndet. Was wird nun weiter von Vorstandsseite für die Parteieinheit getan werden?

Mögen die Würfel fallen wie sie wollen. Die Opposition wird unbeirrt und frei von Kriegerausch und Illusionen an den klaren Forderungen der Demokratie und des Sozialismus festhalten, und die Arbeiterschaft wird es ihr noch einmal Dank wissen. Sie hält es mit dem Goethewort:

Wer fest im Sinne beharret, der bildet sich
die Welt!

Für den Frieden.

Am Sonntag, den 14. Januar, hat die Leipziger Sozialdemokratie in zwei großen, sehr stark besuchten Versammlungen, in denen die Abgeordneten Meyer und Nykel, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, sprachen, für den Frieden demonstriert. Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt mit Recht zu diesen Versammlungen: „Nachdem sich das Friedensangebot der Zentralmächte als untauglich bewiesen und die Note des Bahnverbandes sich wie ein eifriger Reif auf die Friedensbestrebungen gelegt hat, darf die Friedensarbeit nicht ruhen, sie muß immer wieder von neuem beginnen, bis der Erfolg erzielt ist. Versagen die Regierungen, so muß an die höhere Instanz appelliert werden: an die Völker! An ihnen ist es, den stöckenden Karren des Friedenswerkes wieder in Gang zu bringen. Ein jedes muß seine Pflicht tun. Und hier liegt die erste Aufgabe der Arbeiterschaft.“

In den Leipziger Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erblickt in dem Friedensangebot der Zentralmächte den ersten Schritt zur Anregung des Friedensschlusses, sie erachtet jedoch die überreichte kategorische Note als ungeeignet, den Frieden schnell herbeizuführen.“

Den Mangel an Vorschlägen als Grundlage zu Friedensverhandlungen, sowie die Drohungen der Note bergen in sich die Gefahr der Verwickelung des

Friedensschlusses und des weiteren Fortganges des Völkermordens.

Die Versammlung fordert daher die sofortige Bekannngabe der Friedensbedingungen.

Gemäß unserer grundsätzlichen Anschauung, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Vergewaltigung eines Volkes. Pläne dieser Art führen nur zur Verschärfung und Verlängerung dieses Krieges und bergen den Keim neuer Kriege in sich. Soll die Dauer des Friedens gewährleistet werden, so ist vielmehr erforderlich, daß durch internationale Vereinbarungen überall die Rüstungen eingeschränkt und alle Streitigkeiten der Völker Schiedsgerichten zur Schlichtung unterbreitet werden.

Die Versammlung verurteilt die Ausschaltung des Reichstags von der Mitwirkung an dem Friedensangebot, sie sieht darin eine Nichtachtung des Volkes, dessen Gesamtkräfte zur Führung des Krieges in Anspruch genommen wurden.

Sie fordert daher die Volksmassen aller Länder auf, darauf zu dringen, daß der Krieg beendet und schnellstens Frieden geschlossen wird; sie erwartet besonders von den Sozialdemokraten aller Länder, daß sie ihre Stimme erheben und für die schnellste Erreichung des Friedens wirken.“

* * *

Ende Dezember 1916 hat die internationale sozialistische Kommission zu Bern ein Manifest an die Arbeiterklasse herausgegeben. In ihm wird vom Standpunkte des internationalen Sozialismus aus die Weltlage im dritten Kriegswinter scharf gekennzeichnet und ebenso sehr das deutsche Friedensangebot und die Friedensnote Wilsons wie das Verhalten Briands und Lloyd Georges kritisch beleuchtet. Das Manifest fordert die Arbeiter aller Länder auf, im Sinne des internationalen Sozialismus für die schnelle Beendigung des Krieges zu wirken.

Die Baumeistersche J. A. kann es sich leisten, das Manifest in vollem Wortlaut abzudrucken. Wir müssen uns hier aus den bekannten Gründen darauf beschränken, unseren Lesern von dem Erscheinen des Manifestes, das nach der J. A. in der Presse des Auslandes erschienen und auch als Flugblatt verbreitet worden ist, Mitteilung zu machen.

Vom Hinauswerfen.

Wir lesen in unserem Solinger Parteiblatt: Neben dem Dr. Lensch fordert auch das Wresdener und Stuttgarter Parteiblatt den Hinauswurf der Opposition aus der Partei. Der Gedanke ist nicht übel. Die Kumpfpartei würde sich dann in aller Seelenruhe in den Besitz aller Parteiministerien setzen, also für sich in Anspruch nehmen, was die Arbeiterschaft in fünfzigjähriger Arbeit aufgebaut hat. Wirklich: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!“ Dem Stuttgarter Organ steht das Toben besonders gut an. Es vertritt die Sonderorganisationen, die von dem Drittel der auf dem Boden der „Mehrheit“ stehenden Stuttgarter Genossen im Anfang des Jahres 1915 geschaffen wurden. Mit

welchem Recht die als Mehrheit bezeichnete Parteirichtung sich für die Partei hält, verraten die beiden Blätter mit keinem Sterbenswörtchen. In der Berliner Sonderorganisation der paar Mehrheitsanhänger Berlins sprach sich auch Ebert sehr enttäuscht über die Reichskonferenz der „Minderheit“ aus. Ebert ist bekanntlich der Vorsitzende des Parteivorstandes, der, nachdem die Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg einen neuen Vorstand gewählt hatte, es duldete, daß der frühere Vorstand Sonderorganisationen gründete, und der dann die Sonderorganisationen als die Parteiorganisation erklärte. Der gleiche Ebert ist ein Firmenträger der „Bremer Bürgerzeitung“, die unter Bruch von Treu und Glauben und den Parteiforderungen dem ordentlichen Parteiverein abgenommen und einer Bremer Sonderorganisation, die auf sein Ansuchen gegründet wurde, überantwortet worden ist. Der nämliche Parteivorsitzende duldet es, daß das Vermögen des ordentlichen Parteiveins unter Bruch von Treu und Glauben der neuen Sonderorganisation zediert wurde. Die Liste der Organisationsjünden ist damit keineswegs abgeschlossen, aber wir wollen es genug sein lassen. Wir haben nur die Absicht, die schöne Forderung auf „Enteignung der wahrscheinlich sehr viel größeren Hälfte der Partei ein wenig zu illustrieren, weil diese Hälfte von dem natürlichsten Recht Gebrauch gemacht hat, das jeder Staatsbürger im preussischen Staate hat, nämlich das Streben, politisch Gleichgültige zu politischen Aktionen zusammenzufassen. Wo wäre heute die nationale liberale Partei, wenn sie seinerzeit Jungliberale und Altliberale hinausgeworfen hätte? Wo wäre das Zentrum, wenn es seine Hören-Nichten hinausgeworfen hätte? Wo wären die Konserativen, die Linksliberalen und so fort? Es ist ausgerechnet Sozialdemokraten, den Hütern und Mehrern der politischen Freiheit, vorbehalten geblieben, mit den Methoden des Polizeistaates gegen jene vorgehen zu wollen, die in dem größten weltpolitischen Konflikt in Differenzen mit Justiz, nicht mit Grundbesitz, der Partei geraten sind. Wirklich, wir haben vor solchen Geistesathleten allerhand Hochachtung. Das ist unter dem Belagerungszustand in unserer einst so stolzen Partei möglich!

Der Pflichtbeitrag.

Bevor die Partei zur festen Vereinsform kam, war die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei abhängig davon, daß der Einzelne die Grundsätze des sozialdemokratischen Programms anerkannte und die Partei nach Kräften unterstützte. Unter dieser Unterstützung verstand man, daß der Einzelne sich auch materiell beteiligte. Eine feste Norm bestand nicht, da auch die Organisationsform nur eine recht lose war. Erst später, nach Aufhebung des bekannten Verbindungsparagraphen, der uns manche Auflage eingetragen hatte, ging man daran, eine festere Organisation der Partei zu schaffen. An die Stelle des Vertrauensmännersystems trat die Vereinsorganisation mit der Tendenz, daß nur der organisierte Genosse über Parteifragen entscheiden solle. Waren vorher die an verschiedenen Orten bestehenden Wahlvereine oder Arbeiterbildungsvereine die Träger der Aufklärungsarbeit, so wurden sie nunmehr offiziell die Sammelpunkte aller organisierten Genossen. Die Gesamtpartei beschloß auf dem Parteitage in Leipzig, auch für sich eine festere Vereinsform als Grundlage der Organisation der Partei anzunehmen. Danach bildet für jeden Reichstagswahlkreis der sozialdemokratische Verein die Grundlage der Organisation, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei in Widerspruch

stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

Bemerkenswert ist der § 5 des Organisationsstatuts, der von der Beitragsfestsetzung handelt. Dieser Paragraph lautet: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 und für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisationen einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Die auf Grund dieses Paragraphen an den P. V. abgeführten Beiträge bilden den Maßstab der Vertretung auf dem Parteitage.

Bei genauerer Prüfung dieser Bestimmungen wird man finden, daß unterschieden wird zwischen Wahlkreisorganisationen, Bezirksverbänden sowie Landesorganisationen. Die Bestimmung, nach welcher der Parteivorstand den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisationen einen über 80 Proz. hinausgehenden Betrag der aus Mitgliederbeiträgen herrührenden Einnahmen zur Eigenverwendung überlassen kann, läßt nur den Schluß zu, daß der Parteivorstand in finanziellen Fragen mit den Wahlkreisen direkt in Verbindung bleiben will. In der Praxis ist diese Bestimmung aber vielfach nicht eingehalten worden; insbesondere in Berlin nicht.

Die Groß-Berliner Wahlkreise sind zu einem Bezirksverbände zusammengeschlossen. Die Wahlkreise entnehmen vom Verbandskasse die Beitragsmarken und zahlen an die Verbandskasse für jede Marke 10 Pf.; außerdem sollten die Kreise auch alle überschüssigen Gelder an die Verbandskasse abliefern. Die Ablieferung von Geldern, auch die aus Pflichtbeiträgen an den Parteivorstand, ist in Berlin nur durch die Verbandskasse erfolgt. Nur am Jahresschluß erstatteten die Wahlkreise dem Verbandsbüro ihren Jahresbericht, aus dem auch genau der Umsatz der Mitgliederbeiträge ersichtlich war; auch dem P. V. wurde von den Kreisen eine Aufstellung übermittelt, nach dem von ihm ausgegebenen Formular.

So lange in Berlin hohe Mitgliederzahlen vorhanden waren, entstanden aus diesem Modus Schwierigkeiten nicht und auch der Parteivorstand fragte nicht weiter danach. Ihm genügte, daß er Geld und zwar recht viel Geld bekam. Wie hoch diese Leistungen Groß-Berlins an die Zentralkasse der Partei waren, ist aus folgender Aufstellung ersichtlich. Der Verband Groß-Berlin lieferte an den Parteivorstand ab im Jahre:

1906	135 000 Mk.
1907	147 000 „
1908	144 000 „
1909	214 000 „
1910	179 000 „
1911	237 000 „
1912	145 000 „
1913	105 000 „
1914	85 000 „
1915	50 000 „

Insgesamt 1 491 000 Mk.

Also nahezu 1 1/2 Millionen Mark in 10 Jahren. Zuschüsse hat Berlin vom P. V. nicht erhalten, vielmehr hat Berlin erhebliche Summen jahrelang der Provinz Brandenburg aus eigenen Mitteln zum Zwecke der Agitation zugewendet. In die Millionen belaufen sich auch die Summen, die die Berliner Genossen als Ueberflüsse des „Vorwärts“ der Zentralkasse zugewendet haben.

Die Berliner Parteiorganisation war direkt so erpicht darauf, in punkto Geldüberweisung an die

Parteikasse an erster Stelle zu stehen, daß sie es gar unterließ, für die geistige Durchbildung der Genossen am Orte die Einrichtungen zu treffen, die im Maße vielfach anzutreffen waren. Diesem Umstande es auch geschuldet, daß die Berliner Parteiorganisationen heute kaum über ein gutes Buch verfügen, was den Genossen zur Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden könnte; nur einige Orte, wie Neukölln u. a., verfügen über eine eigene Bibliothek. Erst in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges setzte in Berlin eine umfassendere Bewegung einer systematischen sozialistischen Durchbildung der Genossen ein. Der Krieg machte diese Bemühungen, wenn nicht gerade zunichte, zog ihnen aber doch sehr enge Grenzen.

Der Krieg hat auch auf die finanzielle Leistungsfähigkeit Groß-Berlins tief eingewirkt. Die Beiträge ließen infolge der geringeren Mitgliederzahl spärlicher als früher. Trotzdem hat die Verbandskasse in den beiden Kriegsjahren 1914 und 1915 an die Zentralkasse noch 135 000 Mark abgeliefert. Dadurch hat sie sich aber stark erschöpft, zumal auch die Kassenbestände aufgebraucht wurden. Der Parteivorstand mahnt nun um den Pflichtbeitrag. Der Verband hat geantwortet, daß der Parteivorstand dem Verbandsmitglied in den Jahren 1914/16 über den Pflichtbeitrag hinaus gezahlten 45 000 Mk. in diesem Jahre anrechnen soll. Der Vorstand will erst die Abrechnungen der Kreise haben, bevor er zu dem Antrag Stellung nehmen kann, obwohl ihm der Kassenbestand des Verbandes vollauf genügen müßte.

Wir haben schon dargelegt, daß in Berlin die Dinge anders liegen als in anderen Bezirken. Während dort die Kreise dem Parteivorstande direkt den Pflichtbeitrag abliefern, oder ihm durch die Bezirkskassen abliefern lassen und an den Bezirk zur Bestreitung der Bezirksunkosten eine besondere Steuer entrichten, bezahlen die Berliner Kreise an den Verband die Beitragsmarken mit 10 Pf. und die Verbandskasse übernimmt die Zuführung der Gelder an den P. V. Es ist ganz selbstverständlich, daß in Zeiten wie jetzt, wo die Kreise Extrabeiträge an den Verband nur schwer abliefern können, von den 10 Pf. nicht noch 8 Pf. an den P. V. abgeliefert und mit 2 Pf. alle Verbandsunkosten bestritten werden können. Aber nach dem ganzen Aufbau der Groß-Berliner Organisation sollen in den 10 Pf. liegen der Pflichtbeitrag an den Parteivorstand und die Unkosten für Bestreitung der Unkosten des Verbandes.

Nichtig wäre, wenn die Kreise ihre Beiträge an den P. V. selber entrichtet hätten und einen besonderen Beitrag an die Verbandskasse leistete, wie dies in vielen Provinzorganisationen der Fall ist. Heute eine solche Organisationsänderung zu schaffen, ist nicht möglich; hat auch keinen Sinn. Im Endeffekt käme nur heraus, daß die Kreise dem Verbands doch die Mittel zuwenden müßten, die er bedarf, und dem P. V. schreiben müßten, daß sie ihm nichts bezahlen könnten.

Dem Parteivorstand ist dieser Zustand sicher bekannt, denn er hat jahrelang vom Verbands die Gelder erhalten. Wenn der Verband jetzt die ihm von den Kreisen durch die Entnahme von Beitragsmarken erhaltenen Gelder für sich gebraucht, so wird der Vorstand sich damit abfinden müssen, wie er sich auch in anderen Orten Deutschlands abfinden muß, die ihm keine Mittel mehr zuwenden können.

In Berlin haben die Kreisorganisationen bis zu diesem Augenblick ihre Beiträge, auch ihre Pflichtbeiträge, gezahlt, aber die Verbandskasse kann bei der eigenartigen Gestaltung der Berliner Organisation diese Mittel nicht abliefern, wenn sie ihren übernommenen Verpflichtungen nachkommen will.

Dieser Zustand weist darauf hin, daß die zukünftige Gestaltung der Organisation auch nach dieser Richtung auf eine gründere Grundlage gestellt werden muß. Und nicht nur materiell. Auch ideell. Darüber zu reden, wird Zeit sein, wenn wir an den Neuaufbau unserer Organisation gehen müssen. Nach dem Kriege ist das unumgänglich nötig.

7. Kommunal-Wahlbezirk (2. Wahlkreis)

Zur gest. Beachtung!

Am Sonntag, den 28. d. M., findet die nochmalige Neuwahl eines Stadtverordneten für den seinerzeit zurückgetretenen Gen. Dr. Alfred Bernstein statt.

Unser Kandidat ist auch diesmal wieder
Gen. Emil Eichhorn

Schriftsteller, Berlin, Langenbeckstr. 9, welcher inzwischen die Eigenschaft eines Hausbesizers erlangt hat.

Gewählt wird zwischen 10 Uhr vorm. und 6 Uhr abends ununterbrochen und zwar an folgenden Stellen:

für den 1. Teil: umfassend die Stadtbezirke 66 a und b in der 133. Gem.-Schule, Bergmannstraße 28/29, Turnhalle;

für den 2. Teil: umfassend die Stadtbezirke 70 und 71 in der 91. Gem.-Schule, Gneisenaustraße 7, Knabenhort;

für den 3. Teil: umfassend die Stadtbezirke 72 bis 74 in der Studienanstalt für Mädchen, Fürbringerstr. 33/34, Turnhalle;

für den 4. Teil: umfassend die Stadtbezirke 75 a und b im Realgymnasium, Mittenwalderstraße 34/37, Turnhalle.

Wir ersuchen um rege Beteiligung, und bitten sämtliche Genossen und Genossinnen, die Zeit und Lust haben, sich zur Unterstützung der in Frage kommenden Bezirke zur Verfügung zu stellen, und zwar im Wahlbüro bei J. Thomsen, Gneisenaustraße 30 (zwischen 9 und 6 Uhr), wo bereitwilligst jede gewünschte Auskunft erteilt wird.

Das Wahlkomitee.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Der Zwiespalt in der Partei greift leider auch ins Gewerkschaftsleben über. Ein Wunder ist das nicht. Eine Reihe von Parteigenossen, die gewerkschaftlich hervorragend tätig sind, erklärten gleich zu Beginn des Krieges ihre Partei-Ausscheidung als allein im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegend. Jeder, der über die Stellungnahme der Fraktion anderer Meinung war, als sie, wurde kurzerhand als Gewerkschaftszerstörer erklärt, ganz nach dem Muster, wie man vor der Zeit des Bürgerkriegs im bürgerlichen Lager andersdenkenden gegenüber mit dem Vorwurf der Vaterlandsverräterei operierte. Karl Legien, dem seine Stellung an der Spitze der deutschen sowohl wie der internationalen Gewerkschaftsbewegung ganz besondere Wichtigkeit in seiner Stellungnahme anferlegen sollte, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube. In einem Vortrage beschäftigte er sich mit der Frage, warum die Gewerkschaftsangehörigen sich an der Parteiarbeit beteiligen müßten, und die Berliner Gewerkschaftskommission schuf ihm das Forum für seine Ausführungen. In früherer Zeit antwortete man auf diese Frage einfach mit der Antwort, daß die sozialdemokratische Partei die politische Interessenvertretung der Arbeiterklasse sei, woraus sich alle weiteren Schlussfolgerungen von selbst ergaben. Aber Legien griff in seinem Vortrage die eine Seite der Partei schroff an und forderte Stellungnahme der Gewerkschaftsangehörigen für seine Meinung und Befämpfung des von ihm angegriffenen Teiles der Partei. Auch das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission gebährdete sich als ausgespro-

chene Vertretung der „Postil vom 4. August“. Das tat aber die Redaktion dieses Blattes nicht auf eigene Kappe, sondern sie erklärte diese Stellungnahme als die im Interesse der Gewerkschaften und für die Gewerkschaften allein mögliche. Legien duldet weiter als internationaler Sekretär, daß sein Mitarbeiter Bauméister die Internationale Korrespondenzherausgabe, die ihre Aufgabe wesentlich darin sah, alles trennende hervorzuheben, das während des Krieges sich leider in der internationalen Arbeiterbewegung bemerkbar machte. Und in seinem Vortrage machte er dem damaligen Minderheits-„Vorwärts“ an der Hand des von Bauméister gelieferten Materials die allerbittersten Vorwürfe darüber, daß er in seiner Redaktionsführung zwar der deutschen Partei zum Gewissen redete, aus dem Ausland aber nur die Parteistimmen sammelte, welche die Hoffnung auf eine internationale Wiederoereinigung des Proletariats nicht ersuchte und die Möglichkeit einer solchen herbeizurufen vermochten. Es hat dann in der Folge keine Regierungsmaßnahme und keinen Gesetzesentwurf in der Kriegszeit gegeben, zu denen die Generalkommission oder die Vorstandskonferenzen der Gewerkschaften nicht Stellung nahmen. Der Fleiß der Gewerkschaftsinstanzen nach dieser Richtung hin war weit größer als der der Parteinstanzen, denen diese Tätigkeit in erster Linie zugefallen wäre, die aber den Anschein erweckten, als ließen sie sich von den mit größter Initiative begabten Genossen an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung ins Schlepptau nehmen. Bei dieser an sich lobenswerten Initiative, die sich auf einem Gebiete betätigte, auf dem unter den Gewerkschaftsmitgliedern so wenig Einigkeit bestand, wie unter den Parteigenossen, mußte es naturgemäß zu Meinungsverschiedenheiten kommen. Das ist die beste Beispiel bietet die von der eines großen Teiles ihrer Angestellten durchaus abweichende Stellungnahme der Gewerkschaftsmitglieder zu dem Dienstpflichtgesetz.

Wie der Stamper-„Vorwärts“ meldet, wurde nun jetzt in Berliner Gewerkschaftskreisen das folgende Zirkular verbreitet:

W. G.!

Es dürfte auch Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß sich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Genossen schon seit langer Zeit eine tiefgehende oppositionelle Stimmung bemerkbar macht. Sie ist in der Hauptsache auf die einseitige Stellungnahme zurückzuführen, welche die Generalkommission und die Zentralvorstände der Gewerkschaften in ihren Organen in dem jetzigen politischen Meinungsstreit anzunehmen pflegen.

Um einmal festzustellen, wie weit die Unzufriedenheit gegenüber den Führern der Gewerkschaftsbewegung in den Massen der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat, werden Sie ersucht, in Ihrem Orte bzw. Kreise Fühlung mit alten bekannten Gewerkschaftlern zu nehmen, eventuell eine Sitzung abzuhalten, von welchen Sie wissen, daß sie auf dem Boden der Opposition stehen.

Es wird beabsichtigt, die oppositionellen Elemente einmal zusammenzufassen, um eventuell eine gemeinsame Aussprache baldigst herbeizuführen. Deshalb ist es notwendig, recht bald die Adressen an den Unterzeichneten zu übermitteln.

Mit allen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, soll möglichst Fühlung gesucht werden; auch ist es wünschenswert, Gewerkschaftsfunktionäre (Vertrauensleute, Ortsverwaltungsmitglieder usw.) in erster Linie zu berücksichtigen.

Mit Parteigruß

gez. Karl Kürbs,

Berlin S.D. 26, Ranninstr. 27 I.

Der ~~Redakteur~~ „Vorwärts“ serviert seinen Lesern dieses Zirkular mit einer Einleitung, in der es u. a. heißt:

„Kein Wunder, wenn die jetzige Parteioption, die sich — wie seit Jahren — nicht zuletzt auch gegen den „Gewerkschaftsbureaukratismus“ und gegen die vermaledeiten Gewerkschaftsführer richtet, nun auch

mit besonderem Eifer sich der Zerspaltung in der Gewerkschaftsbewegung widmet. . . . Die niedrigsten Instinkte im Menschen werden versucht wachzurufen, nur um gegen den „gutbefohlenen“ Gewerkschafts-Angestellten mobil zu machen — denn letzten Endes handelt es sich nur darum, ihn zu treffen, der, nebenbei bemerkt, sich in der Kriegszeit oft mit der Hälfte dessen als Gehalt begnügen muß, was sein Berufsgenosse jetzt in der Kriegsindustrie verdient. . . .“

Der Verfasser des Zirkulars ist uns nicht bekannt. Wir vermögen aber seinem Schreiben nichts zu entnehmen, was eine Verächtigung zu diesen Vorwürfen des „Vorwärts“ gäbe, die außerdem in diesem Blatte so deplaziert wie irgend möglich sind. Hat nicht der Verleger desselben ohne jedes formale Recht eben sieben Redakteure in dieser schweren Kriegszeit einfach auf die Straße gesetzt? Und nun wagt es dieses Blatt, Krokodilstränen um das Schicksal anderer Angestellten zu vergießen? Und das Blatt, welches die Interessen der Arbeiterschaft vertreten soll, geht hantieren mit den hohen Kriegslöhnen der Arbeiterschaft?

Wir verkennen nicht die wirtschaftlich schwierige Lage der Gewerkschaftsangestellten, die um so schwieriger ist, als sie bei Kriegsbeginn auf einen Teil ihrer Gehälter verzichten mußten. Aber die Gewerkschafts-Angestellten befinden sich nach dieser Richtung hin in der bedauerlichen Lage aller Angestellten mit festen Bezügen. Und die Mitglieder einer großen Zahl von Gewerkschaften waren auch einsichtig genug, ihren Angestellten bei der prekären Lage der Organisationen immerhin noch unzulängliche Teuerungszulagen zu bewilligen. Das ist jedenfalls kein Anlaß, ihnen ihre „niedrigsten Instinkte“ vorzuwerfen.

Um was handelt es sich bei dem Verfasser oder den Verfassern des Zirkulars denn wohl in Wahrheit? Es ist sehr deutlich gesagt: Die einseitige Stellungnahme der Generalkommission, der Zentralvorstände und ihrer Organe im jetzigen politischen Meinungsstreit wird als Anlaß zu einer Aktion genommen, die — so oder so — Meinung der Mitglieder und der Gewerkschaftsleitungen wieder in Einklang miteinander bringen soll.

Ist das ein Verbrechen?

So erinnere sich doch der oder jener, der jetzt an der Spitze einer Organisation steht, jener Zeit, wo auch er als junger Dachs oder auch in vorgeschrittenem Alter in der Opposition stand, bis es ihm und seinen Anhängern gelang, die alte Leitung zu beseitigen und an deren Stelle zu treten. Sollte das, was sie damals mit vielem Eifer zur Gefährdung nach ihrer Ueberzeugung unhaltbarer Verhältnisse taten, heuer ein Verbrechen sein? Warf nicht, um ein Beispiel zu nennen, der jetzige Vorsitzende des Buchbinderverbandes und Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ in der Toga des oppositionellen Tribunen seinen Vorgänger im Redaktionsessel rücksichtslos aus Amt und Würden, indem er den „Radikalen“ in heftigster Weise mimte. Oder war er wirklich radikal? Dann könnte er nicht solche Kübel Unflates über die gießen, die es geblieben sind bis auf den heutigen Tag.

Es gab auch eine Zeit, wo der Vorsitzende der Generalkommission manchem nicht gefiel, weil er zwar Gewerkschaftler und einer der ersten Gewerkschaftler, daneben aber auch nicht minder eifriger Parteigenosse war, der diese Parteigenossenschaft nicht vergessen wollte. Das sagte man freilich nicht, sondern sprach nur verschämmt und in vertrautem Kreise über seine Abneigung gegen das Wasser und suchte eifrig nach einem würdigeren Nachfolger für ihn. Zwischen Bömeiburg, dem verstorbenen, auf der einen Seite und Herhäuser, dem verstorbenen, auf der anderen Seite schwankte das Urteil hin und her. Legien ist noch heute Vorsitzender der Generalkommission, weil man keinen Nachfolger fand und obgleich ihm auf seiner Amerikareise nichts mehr imponierte, als die mit Münchener Bier wohlgefüllte Last des Dampfers, auf dem er den Ozean überquerte. Aber er und die ihm damals nicht wohl wollten sind sich heute einig in ihrer Auffassung der

Dinge, die Gemeinsamkeit der Anschauungen hat den Blick für allzu Menschliche getrübt, wie vorher der innere Konflikt ihn verschärfte.

Mancher steht heute noch — nicht nur in Partei- und Gewerkschaftsbewegung — weil sein Nachfolger noch nicht geboren oder noch nicht erkannt ist. Aber der Sturm, der jetzt über uns hingehet, wühlt nicht nur Leidenschaften turmhoch auf, er wirbelt auch Menschen durcheinander. Wenn in der Politik die Welle der öffentlichen Meinung irgend einen ihrer probatorischen Vertreter emporreißen kann zum Licht, einen anderen aber von seiner Stelle hinwegwirbelt, warum sollte das in der Gewerkschaftsbewegung nicht möglich sein, möglich, ohne daß dabei „niedrige Instinkte“ die Wegweiser der Menge sind?

Die Gewerkschaftler haben von rechts und von links das Recht, einen Versuch zur Vereinheitlichung der Anschauungen zwischen Haupt und Gliedern zu machen. Sie haben zu beiden Teilen die Pflicht, demnach oder gerade dadurch die Bewegung im Innern kraftvoll, nach außen hin mächtig zu gestalten im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung.

Aus der Partei.

Aus Schleswig-Holstein wird uns geschrieben:

Am 4. Januar sprach Dr. Vensch in Flensburg über das Thema „Der Weltkrieg als Revolution“. In welcher Weise er das tat, braucht hier nicht weiter dargelegt zu werden. Bei dem Standpunkt Venschs ist das auch nicht nötig. Seine Ausführungen mußten unwidersprochen bleiben, da eine Diskussion nicht genehmigt war. Aber auch an anderen Orten hat man Vorsorge getroffen, daß Ausführungen der Genossen von der Mehrheit nicht widerlegt werden können, haben doch die Intenzen dahin gewirkt, daß „auswärtigen“ Genossen, wenn nicht schon der Zutritt zu den Versammlungen, so doch mindestens das Wort verweigert wird. So ist es denn zu verstehen, daß in den Orten des hohen Nordens die Genossen noch gar nicht einmal wissen, um was sich der Streit innerhalb der Partei dreht, unterläßt doch die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ jede grundsätzliche Aufklärung. Diese Haltung ist es wohl auch, die den ständigen Rückgang der Leserschaft verschuldet, ist doch beispielsweise in dem Orte Eckernförde die Zahl der Abonnenten um ein Viertel zurückgegangen. Aber auch in Kiel selbst nimmt die Zahl der Leser auswärtiger Parteizeitungen, speziell der „Leipziger Volkszeitung“, ständig zu. Diesen Abonnentenwunsch will man scheinbar jetzt dadurch bannen, daß man den Lesern immer und immer wieder einzureden versucht, daß die Ziele der Minderheit und der Mehrheit eigentlich dieselben seien; so will man beispielsweise zwischen den Friedenszielen eines Scheidemann und dem auf der Minderheitskonferenz beschlossenen Friedensmanifest keinen Unterschied finden. Hatte man diese Resolution im Anschluß an den Konferenzbericht fortgelassen und erst auf Wunsch eines Lesers nachträglich zum Abdruck gebracht, so hatte man in dem Bericht wiederum die Stellen verschwiegen, die den Grund zur Konferenz angaben, um dann zu sagen, man wüßte eigentlich nicht, welchem Zweck, wenn nicht dem der Parteierziehung, die Konferenz dienen soll. Daß man den Lesern nicht einmal den Sinn der Resolution vom 29. November, der die Beteiligten und Begünstigten des Vorwärtsraubes der ehrlosen Gesinnung im Sinne des Parteistatuts bezichtigt, nicht unterbreitet, ist ja schließlich selbstverständlich. Auch in der auswärtigen Politik heute so, morgen so. Lehnt man am Anfang der Woche den Friedensvermittlungsversuch Wilsons ab, so stimmt man ihm am Ende der Woche zu. Versammlungsberichte bringt die „Volkszeitung“, aber den Stempel der Objektivität tragen diese nicht. Gibt man die Reden von Genossen der Minderheit wieder, so in vollständig entstellter Abfassung. Neuerdings geht man über die Reden der

Minderheitsgenossen überhaupt hinweg. Versammlungsbeschlüsse werden nur ausgeführt, wenn sie dem Vorstand genehm sind. Ein Antrag, neben den Hauptversammlungen auch die Bezirksversammlungen wieder stattfinden zu lassen, der Anfang 1916 fast einstimmig angenommen wurde, ist bis heute nicht ausgeführt. Einen Antrag, einem oppositionellen Genossen Gelegenheit zu geben, seine Ansichten den Kieler Genossen zu unterbreiten, hat man dahin umgedeutet, daß derselbe nur dem Vorstande zur Erwägung überwiesen sei. So hält man, oder versucht wenigstens alles fernzuhalten, was irgendwie den Geist der Opposition stärken könnte, aber gelingen wird es der hiesigen Parteileitung und ihrer Presse nicht.

Die Weisenseer Genossen und ihre Gemeindevertreter.

In Weisensee haben die organisierten Genossen zu dem Verhalten der Gemeindevertreter Taubmann, Schleuninger und Bloch Stellung genommen, die erklärt hatten, unter keinen Umständen den Beschlüssen der Verbandsversammlung vom 29. Oktober, den „Vorwärts“ betreffend, sich fügen zu wollen. Die Genossen sind der Ansicht, daß Funktionäre der Partei, und daß auch Gemeindevertreter in erster Linie, die Pflicht haben, sich den Partei-Beschlüssen unterzuordnen, selbst dann, wenn sie persönlich die Beschlüsse für falsch halten mögen. Dieser Grundsatz war in der Partei allgemein gültig. Selbst der verstorbene Genosse Auer hat früher wiederholt erklärt: Sind auch Parteibeschlüsse nicht als der Weisheit letzter Schluß zu betrachten, so bleiben sie doch gültig, solange bis sie durch andere ersetzt werden.

Es wurde beschlossen, daß die genannten drei Genossen ihre Gemeindevertretermandate nicht mehr im Auftrage des Wahlvereins ausüben. Legten sie ihre Ämter nicht nieder, so könnten sie diese nur auf eigene Rechnung und Gefahr weiterführen. Zu diesem Beschlusse wird dem „Vorwärts“ von Gemeindevertretern geschrieben:

„Mit einem Schlage will eine kleine Gruppe die Vertretung Tausender von Wählern kostenlos machen. Um diesen Wählern die Rechte nicht abzupacken zu lassen, werden diese Genossen ihre Wahlperiode hindurch die Ämter nicht niederlegen, und nach wie vor die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen. Die Wähler sowie jedermann aus dem Volke wollen sich weiterhin vertrauensvoll an ihre Erwählten wenden, ihre Rechte werden durch unsinnige Beschlüsse einzelner rechthaberischer und unwissender Leute keinerlei Einbuße erleiden.“

Der hier dargelegten Ansicht muß entschieden widersprochen werden. Die Ämter in der Partei und im öffentlichen Leben werden von den organisierten Genossen vergeben und nicht von „Jedermann aus dem Volke“, auch wenn es Wähler sind. Den organisierten Genossen sind die Gewählten Rechenschaft schuldig. Die Mandatgeber können deshalb auch Beschlüsse über die Tätigkeit der Gewählten fassen. Sie können nicht nur die Mandate bestimmten Genossen anvertrauen, sondern sie können auch die Mandate zurück verlangen.

In Weisensee wäre es schon längst am Platze gewesen, wenn die Genossen sich mit der Tätigkeit ihrer Vertreter in der Gemeinde selbst beschäftigt hätten, einer Tätigkeit, die wiederholt einen stark gefährdeten

Isolationspatriotischen Charakter gezeigt hat und mit unseren kommunalpolitischen Auffassungen in gar zu argem Widerspruch steht.

*

Am Montag, den 13. Januar wurde in Weikensee mit Hilfe des Parteivorstandsmitgliedes Bartels eine Filiale des Les- und Diskussionsklubs „Vorwärts“ aufgemacht. Es wurde von den da Zusammengetrommelten Protest gegen die Entschlüsse des Wahlvereins erhoben und die Gemeindevertreter aufgefordert, unentwegt ihre Mandate weiter auszuüben. Also eine Organisation — gegen die alte Parteiorganisation unter Mithilfe des Parteivorstandes. Und solche Leute reden noch über Parteierzürnung!

Aus den Organisationen.

Dritter Kreis. Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelfufer 15, Extra-Zahlabend. Bericht von der Reichskonferenz der Opposition. Die Mitglieder werden erjucht, darauf aufmerksam zu machen. **Der Vorstand.**

6. Wahlkreis. Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Stadttheater, Alt-Moabit 47: „Die Partei und ihre Strömungen“. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Genossen werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu sorgen. **Der Vorstand.**

Aus Mariendorf wird uns geschrieben: Laut Bekanntmachung im „Vorwärts“ haben sich auch in Mariendorf die Sonderbündler etabliert. Von der Firma Groger & Co. ist Genosse Suder als Vorsitzender ernannt worden. Die Empörung der Genossen im letzten Zahlabend war nicht gering, denn kein Genosse Mariendorfs hätte es für möglich gehalten, daß Suder die Hand zur Spaltung bieten würde, obwohl wir wußten, daß Suder zur Mehrheit neigte. Dasselbe gilt von dem neuen Kassierer, der sich an Parteiarbeiten nicht beteiligte, aber zum Zertrümmern auf dem Plan erscheint. Es können noch 8—10 solcher Genossen im Orte sein, die jetzt Parteiretter spielen wollen. Daß aber die Mehrheit der Mariendorfer Genossen anders denkt und fühlt, hat die vom Unterkartell der Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung am 28. Dezember bewiesen. Der Bänderredner Kohen vom Metallarbeiterverband hat das Referat über das Pflichtdienstgesetz übernommen. Schon während des Referats war die Versammlung unruhig, daß Genosse Kohen sein Referat unterbrechen mußte. Durch das geschickte Verhalten des Versammlungsleiters konnte der Referent seinen Vortrag zu Ende führen.

In der Diskussion fielen nun aber die Hiebe hagelbald. Kein einziger Genosse nahm sich Kohens oder seiner Politik an, und so führte die Versammlung für den Mehrheitskandidaten zu einem kläglichen Ende. Hier hätte der Genosse Suder, welcher anwesend war, doch wirklich lernen können. Hier konnte er klar ersehen, daß die Politik nicht von einzelnen gemacht wird, sondern es wurde der Beweis erbracht, daß die Bewegung in Mariendorf von der Mehrheit der Genossen getragen wird.

Parteiengenossen! Die vielen Einzulehungen machen es jedem zur Pflicht, in den Zahlabenden und den Versammlungen zu erscheinen. Jeder Mann gehört jetzt auf seinen Platz. Unsere Genossen draußen im Felde müssen Tag und Nacht am Kampfe teilnehmen, genau so ist es Pflicht der Zurückgebliebenen, zu jeder Zeit zum Kampfe für die Grundfäße des Sozialismus bereit zu sein, die von der Mehrheit auf das Größte verletzt worden sind. —

Mittwoch, den 24. Januar 1917 findet unsere Mitgliederversammlung in Herolds Festfäden, Mariendorf, Chausseest. 283, abends 8 Uhr statt. Bericht von der Reichskonferenz.

Treptow-Baumschulenweg. Am Montag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden die Frauen-Leseabende statt. In Treptow im Rest. Scholze, Gräßstraße 49. Vortrag des Genossen Dr. Mosek über: „Geburtenpolitik nach dem Kriege“; in Baumschulenweg im Rest. Krause, Stiefholzstraße und Marienbalerstraße Ecke, Vortrag der Genossin A. Nemiß-Charlottenburg. Beide Leseabende werden pünktlich eröffnet. Um guten Besuch erlucht

Der Vorstand.

In Lichterfelde findet am Dienstag, den 23. d. M., bei Bahrendorf die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Innere Parteiangelegenheiten; 2. Wahl; 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Einen Märchenabend veranstaltet der Spielausschuß der Arbeiterschaft Neuköllns am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße. Zur Aufführung gelangen die beiden Märchenspiele „Hänsel und Gretel“ und „Schneeweißchen und Rosenrot“. Eintrittskarten, 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Erwachsene, sind bei den Funktionären und im Büro des Wahlvereins, Neckarstraße 3, zu haben.

Parteierzürner an der Arbeit.

Aus dem vierten Wahlkreise wird uns berichtet, daß dort Leute an der Arbeit sind, um nicht nur für den famosen Les- und Diskussionsklub „Vorwärts“ zu wirken, sondern die auch Beitragsmarken für die Groger-Thurrowsche Gründung in Teltow-Beeskow verschleißen. Die Beitragsmarken sind dieselben von Aussehen und Farbe wie die vom Wahlverein ausgegebenen und es wird sogar behauptet, daß ein Angestellter des Pressebüros seine Hand im Spiele habe und im Trüben zu fischen versuche. Leute, die dem Wahlverein längst nicht mehr angehören, sind diesen Mächern willkommene Objekte ihrer Werbetätigkeit, natürlich werden auch anderen diese Marken gegen Entgelt verabsolgt, die jetzt ihre Zeit für gekommen glauben. Unsere Genossen werden auf diese Apostel der Parteierzürnung ihr Augenmerk richten.

Die Angst vor dem Frauenwahlrecht.

In der alldemokratisch-konservativen „Deutschen Tageszeitung“ schrieb am 14. d. M. Herr Dr. v. Behr-Pinnow über „Frauenfragen“ und jammerte über der Zeiten Verderbnis, denn „ob Krieg oder Frieden, keine Frage des politischen Lebens wird unentwegt so in der Tagespresse und namentlich in der Fachpresse erwähnt, als die Ausgestaltung der Frauenrechte.“ Während die männliche Bevölkerung ganz nach seinem Herzen sich „ziemlich gut des Burgfriedens befleißigt, besonders auf dem Gebiete des Wahlrechts“, ist das „anders leider bei einem Teil unsrer Frauen.“ Der gestrenge Herr muß zwar zugeben, daß die Frauen jetzt während des Krieges „vielsach Großes“ leisten und „manche Männerarbeit von ihnen in einem Umfang geleistet wird, der hoch beachtlich ist.“ Aber meint er, „daß viele Frauen jetzt 1—2 Jahre gut oder leidlich Männerarbeit leisten, beweist übrigens noch nicht, daß sie dazu auch auf die Dauer fähig sein werden. Unter dem Druck der Hochspannung kann manches eine Zeitlang geleistet werden, das sich nachher als undurchführbar erweist, wenn die Spannung nachläßt.“ Ganz richtig sieht er durch die Art, wie heute die Frauen arbeiten, körperliche und seelische Schäden entstehen, Schädigungen des Frauenkörpers und bedauerliche Nachteile in weiblicher und geistiger Beziehung für die Kinder.“ Und deswegen fordert er: „Wenn nicht ein Raubbau an der Volksgesundheit eintreten soll, müssen so viele Frauen als möglich und vor allen Dingen alle Mütter später aus der durch den Krieg veranlaßten Arbeit zurückgezogen werden, auch wenn das geldliche Opfer von der Allgemeinheit erfordert. Man reiche den Frauen, überhaupt dem weiblichen Geschlecht, als Gegenab-

eine Aus- und Fortbildung, die ihrem Können und Vermögen entspricht, am besten durch Ausbau der Schulpflicht besonders in Bezug auf Haushalt, sowie Kinderpflege und Ernährungsunterricht.“ Mit diesen Vorschlägen können wir uns vollkommen einverstanden erklären; sie sind von unserer Partei ja schon seit Jahrzehnten erhoben und gerade von den konservativen Gesinnungsgenossen des Herrn Dr. von Behr zurückgewiesen worden. Jedoch ist mit dieser Erziehung für den Haushalt seine Gunst für die Frau zu Ende. Denn sofort donnert er wieder los: „Von Entlohnungen für wirtschaftliche Mithilfe während des Kriegs sehe man aber ab und mache vor allen Dingen einen dicken Strich durch alle und jede Wahlrechtsforderung.“ Und das ist ihm die Hauptsache! Nur ja nicht das Wahlrecht für die Frauen — denn: „was sollten etwa die Krieger für eine Belohnung erhalten, wenn die Heimkriegerinnen mit dem Wahlrecht belohnt werden?“ Er ahnt wohl das Schrecklichste: Die Krieger könnten gar etwa als Belohnung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Landtag zu erhalten fordern und außerdem noch eine neue, der jetzigen Bevölkerungsverteilung entsprechende Wahlkreiseinteilung für Land- und Reichstag! Das aber liegt für den hohen Herrn so außerhalb seiner Gedankenwelt, daß er seinem Entsetzen darüber Luft macht mit dem Ausruf: „Fort mit dem Unsin!“ — womit er nicht etwa das 1849 aufoktroyierte preussische Dreiklassenwahlrecht meint, sondern das Wahlrecht für die Frauen — die er wegwerfend als „Heimkriegerinnen“ bezeichnet, obwohl er zugibt: „Wohl wird hin und wieder auch eine Frau die wirtschaftliche Mitarbeit im Kriege mit dem Leben bezahlen, und viele werden dauernde Gesundheitschädigungen erleiden.“

Sein Ideal ist und bleibt die anspruchslose Frau, die sich zwar alle Arbeit aufbürden läßt, dafür aber nicht mehr sein will als Mutter. Deshalb lobt er ein Buch von Anna Schellenberg „Mutter und Volk“, weil es echt weibliches Pflichtgefühl predigt und nicht „von der öden und gefährlichen Gleichmacherei mit dem Manne umgebe“ und weil es „treffend schildert, wie die Industrialisierung und die Politisierung die weibliche Seele ihren Interessen und ihren Pflichten entzieht, denn unvereinbar seien die Berufs- und Mutterpflichten. So sagt es Herr Dr. von Behr-Pinow, und so steht es in dem Buch, das „von einer echt deutschen Frau“ geschrieben ist. So war also zu lesen in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 14. d. M. Zwei Tage später etwa heißt es daselbst:

„Dank den Blutopfern hat der Staat eine sehr erhebliche Zahl an Männern verloren. Es wird daher mit einem Frauenüberschuß zu rechnen sein, dessen weitere Steigerung noch zu erwarten ist. Unter diesen Umständen beschäftigt man sich mit dem Gedanken, die gesamte Beschäftigung des Staates unter Berücksichtigung dieser merkwürdigen Zusammenlegung der Bevölkerung zu ändern.“ Eine Fülle eigenartiger Probleme sei damit gegeben. In den Fabriken wie in zahlreichen anderen Berufen seien die Frauen tätig. Und als notwendige Folgerung dieser Zunahme der Frauenarbeit wird angeführt: „Daher müssen die Arbeitsbedingungen so umgestaltet werden, daß sie auf die Leistungsfähigkeit und die Bedürfnisse der Frauen ganz besonders Rücksicht nehmen. Was die Lohnfrage betrifft, so soll der Grundsatz, daß Männer und Frauen die gleiche Bezahlung für ihre Arbeit erhalten, auf gesetzlichem Wege allgemein verbindlich gemacht werden. Die Einrichtungen der Schule sollen darauf Rücksicht nehmen, daß die überwiegende Anzahl der Frauen sich ihr Brot selbst verdienen muß. Die bisher fast ausschließlich auf die männliche Jugend berechnete technische Unterweisung soll vollkommen umgestaltet werden. Die Lehrgänge für Kochkunst, Handarbeiten und Musik, die darauf berechnet waren, Frauen fürs Heim auszubilden, sollen als nicht mehr zeitgemäß abgeschafft werden. Das sind Pläne zur Begründung des modernen Frauenstaates.“ — Sehr vernünftig werden da

unsere Leserinnen sagen und sich wundern, daß „so etwas“ in der „Deutschen Tageszeitung“ steht.

Nun — die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ hat sich auch für diesen „Frauenstaat“ keineswegs begeistert, sondern sie bezweifelt, daß sich durch solche Einrichtungen „das Leben gerade schöner und angenehmer gestalten werde.“ Und tiefinnig fügt sie hinzu: „Was in der Kriegszeit notwendig ist, läßt sich auf den Frieden nicht übertragen. Die „moderne Kultur“ gräbt sich sonst selbst ihr Grab.“

Ihr schaudert — und dabei wird dieses Grab sogar den „verhassten Feinden“ gegraben, denn was die „Deutsche Tageszeitung“ sich melden läßt, ist ja nicht etwa in Preußen geplant, sondern in dem australischen Staat Victoria, der den Engländern Hunderttausend Mann zur Hilfe schickte. Doch noch über seine Haß gegen England geht dem alldeutschen Blatt seine Angst vor der Gleichberechtigung der Frau, denn sonst ade „moderne Kultur“, als da ist: Dreiklassenwahlrecht für die Männer, überhaupt kein Wahlrecht für die Frauen, dann ade mit der billigen und willigen Frauenarbeit auch in der Landwirtschaft, wo sie ganz besonders beliebt ist.

Aber trotz „Deutscher Tageszeitung“ wird bald die Zeit kommen, in der nicht allein jenseits der Meere die Frauen zu ihren Rechten gelangen. Der Krieg hat sie gelehrt, nicht nur zu arbeiten gleich den Männern, sondern auch wie diese und mit ihnen für ihre Gleichberechtigung zu kämpfen.

Wirkt für die Verbandsbeschlüsse!

Die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend hat in ihrer Versammlung am 29. Oktober in Abwehr des schändlichen „Vorwärts“-Raubes folgenden Beschluß gefaßt:

„Da der Parteivorstand durch sein Vorgehen, weit über die Forderungen der Militärbehörden hinausgehend, die Hand auf den „Vorwärts“, das Eigentum der Berliner Genossen, gelegt und die von den Aufsichtsinstanzen eingesetzte Redaktion vergewaltigt hat, da er weiter dem „Vorwärts“ seine Haltung gibt, die der politischen Ueberzeugung der überwältigenden Mehrheit der Berliner Genossen widerspricht, fordert die Verbandsgeneralversammlung den Parteivorstand auf, seine Gewaltmaßregeln aufzugeben.“

Geschieht das nicht, so verpflichtet die Verbandsgeneralversammlung die Berliner Parteigenossen, die Zahlung des „Vorwärts“-Abonnements solange einzustellen, bis der Parteivorstand sein statutenwidriges Verhalten aufgegeben hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihren Rechten auf den „Vorwärts“ gekommen sind.“

Solange die Berliner Genossen nicht zu ihrem Blatte gekommen sind — und sie sind es nicht —, muß mit aller Macht für diesen Beschluß gewirkt werden. Der Kampf geht weiter und zwar mit verstärkter Kraft! Wirkt dafür!

Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 21. Januar findet der zweite Lichtbildervortrag in der Serie von Vorträgen aus dem Gebiete der darstellenden Kunst statt. Frau Dr. Liebknecht wird das Thema: „Belgische und nordfranzösische Baukunst“ behandeln.

Beginn pünktlich 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Dienstag, den 23. Januar, zweiter Abend des Kurses: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus“: Genosse Ernst Däumig wird im besonderen behandeln: Die Perioden des wirtschaftlichen Aufschwungs — Die Wirtschaftskrisen, ihre Ursache und ihre Wirkungen.

Sonnabend, den 27. Januar, findet der zweite Vortrag im Kursus des Genossen Eduard Bernstein über „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte“ statt. Behandelt wird: Gesellschaftsideale im alten Griechenland. Das Hellenentum — Eroberervolk. Ägyptische und kleinasiatische Einflüsse. Sparta und Athen. Idealisierung der lykurgischen Verfassung. Athen und die Demokratie. Der Demos und die Sklaven. Platos Staatsideal und soziale Ethik. Die kommunistischen Systeme. Der kommunistische Roman. Die anarchistischen Gesellschaftsideale. Die Zyniker. Die Stoiker. Die Griechen und die Juden des Nachexils.

Beginn der Kursusvorträge abends 8 1/2 Uhr. Das Hörgeld für die jetzt 10 Abende umfassenden Kurse beträgt 1 Mk.

Die Bibliothek der Schule ist an den Kursusabenden und außerdem Donnerstags von 8 Uhr an geöffnet und steht gegen entsprechende Legitimation (Hörerkarte usw.) zur unentgeltlichen Benutzung.

Alle Veranstaltungen finden im Hörsaale der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt.

Jugendweih.

Die siebente Jugendweih der Berliner Arbeiterschaft findet am Sonntag, den 25. März d. J., in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstraße 96/97, statt. Anmeldungen zu derselben werden bei folgenden Adressen entgegengenommen:

1. Richard Rehbock, N. 20, Thurneysbergstr. 7, 3. Aufg., 3 Treppen.
2. Arbeiterjugendheim 1, Brunnenstr. 71.
3. Arbeiterjugendheim 2, Königsbergerstr. 7.
4. B. Kirchmeyer, SW. 68, Alte Jakobstr. 125.
5. Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen. Geschäftszeit: Montag, Mittwoch und Freitag von 3—7 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 23. Januar 1917, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Stadt-Theater“, Alt-Moabit 47.

Tagesordnung: 1. Die Partei und ihre Strömungen. 2. Diskussion.

Referent: Reichstagsabgeordneter Ewald Vogtherr.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Montag, den 22. Januar 1917, abends 8 Uhr:

Frauen-Leseabend

in den „Passage-Festfälen“, Bergstraße 150.

Tagesordnung: Vortrag des Gen. Dr. Alfred Bernstein über: „Der Krieg und die Gesundheit der Frauen.“
Recht zahlreiches Erscheinen der Genössinnen wie auch der Genossen erwartet

Der Vorstand.

Am Freitag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, findet eine

General-Versammlung

in den „Passage-Festfälen“, Bergstr. 150, statt. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu der Reichskonferenz der Opposition.

Es wird erwartet, daß möglichst alle Mitglieder an dieser äußerst wichtigen Versammlung teilnehmen.

Der Vorstand.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 1 Mark, Bestellgeld 14 Pfg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 21. Januar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealcasino, Weichselstraße 8; Ober-Schöneweide, Clarastraße 2, Freireligiöse Vorlesung. Vorm. 10¹/₂ Uhr, Al. Frankfurterstraße 6, Vortrag von Herrn Dr. Konrad Schmidt: „Rechtsordnung und Entwicklung“. Gäste willkommen.

Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets —
Mitgliedsbüchern — Programmen
sowie sämtlichen Drucksachen.

Herzlichen Dank für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, dem Gesangsverein „Sängerkhor“, den beiden Rednern für die trostreichen Worte, sowie den vielen Kranzspendern.

Die trauernde Witwe
Ernestine Schulz nebst Kindern.

Bohnsdorf, 6. Jan. 17.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Im Januar fiel im Alter von 33 Jahren der Schlosser

Paul Gilliges

Ratiborsstr. 16, Bezirk 208 II.

Am 10. Dezember 1916 verstarb an seinen Verwundungen im Alter von 26 Jahren der Tischler

Fritz Engmann

Ebertstr. 14, Bezirk 411.

Am 6. Januar fiel im Alter von 31 Jahren der Buchdrucker

Paul Vierath

Kopernikusstr. 20, Bezirk 323.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim, Bezirk Lichtenberg.

Im Dezember fiel unser Genosse

Karl Junker

2. Viertel — 7. Abt. — 32. Gruppe.

Bezirk Weissensee.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. Januar 1917 unser langjähriges Mitglied, der Tischler

Max Dohelt

1. Abt., 3. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Frauen-Leseabende.

Zweiter Wahlkreis. Montag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Wiemers, Bülowstraße 58 — Lange, Eneisenaustraße 35 — Frölich, Blücherstraße 56, Ecke Fontanestraße — Öhrisch, Puttkamerstraße 9.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 27. Dezember verstarb unser Genosse, der Schankwirt

Georg Rindermann, Glogauerstr. 19.

Am 7. Januar verstarb unser Genosse, der Schankwirt

Gustav Pilzeder, Blumenstr. 34.

Am 6. Januar verstarb unser Genosse, der Schuhmacher

August Budzyn.

Am 7. Januar verstarb unser Genosse, der Maurer

Albert Paetsch, Wrangelstr. 129.

Ehre ihrem Andenken!

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 15. Januar, verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Leopold Jpach, Wiesenstr. 33.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim.

Bezirk Niederschönhausen.

Am 11. Januar 1917 verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied, der Lithograph

Georg Rehnaff, Blankenburgerstr. 20a.

Ehre seinem Andenken!

Bezirk Lichtenberg.

Am 30. Dezember 1916 verstarb unser Mitglied, der Genosse

Moritz Vehold

2. Viertel, 6. Abteilung, 28. Gruppe.

Ehre seinem Andenken!

Bezirk Pankow.

Am 13. Januar verstarb an den Folgen eines langjährigen Nervenleidens unsere im 49. Lebensjahr stehende Genossin

Marie Resch, geb. Jagenow.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Wahlverein Neukölln.

Am Donnerstag, den 18. Januar, verstarb unsere Genossin

Ida Verheyen

Barthestr. 60, 16. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Jakobikirchhof in der Hermannstraße.